

## IN KÜRZE

## Truppenübungsplatz eingerichtet

**Torgelow.** Deutschland hat wegen der veränderten Sicherheitslage in Jägerbrück bei Torgelow (Mecklenburg-Vorpommern) einen weiteren großen Truppenübungsplatz eingerichtet. Auf ihm sollen auch Nato-Einheiten befreundeter Staaten trainieren. „Die sicherheitspolitische Lage hat sich schneller geändert als zunächst angenommen“, sagte Generalleutnant Peter Bohrer mit Blick auf aktuelle Konflikte wie in der Ukraine.

## Trump geht lieber auf den Golfplatz

**Palm Beach.** Solch ein Jubiläum konnte noch kein US-Präsident begehen: Donald Trump hat zum 80. Mal seit Ablegung des Amteids einen seiner eigenen Golfclubs besucht. Im Wahlkampf hatte er mit Seitenhieb gegen Vorgänger und Golfliebhaber Barack Obama betont, er werde sich als Präsident keine Zeit für sein Hobby nehmen. Er würde nur arbeiten zum Wohle Amerikas.

## Kaum jemand will Wehrdienst leisten

**Berlin.** Sechs Jahre nach Aussetzung der Wehrpflicht melden sich immer weniger Menschen zum freiwilligen Wehrdienst. Bis Ende August bewarben sich laut Verteidigungsministerium in diesem Jahr 10 105 Männer und Frauen – 15 Prozent weniger im Vergleich zu 2016. Mehr als jeder Vierte bricht den freiwilligen Wehrdienst demnach während der Probezeit wieder ab.

## Höcke nennt Kritiker „Nazis“

**Leipzig.** Der AfD-Politiker Björn Höcke hat sich erstmals persönlich über die gegen ihn gerichtete Kunstaktion des „Zentrums für politische Schönheit“ (ZPS) geäußert. Bei einer Rede in Leipzig bezeichnete er das ZPS als „terroristische Vereinigung“ und als „Nazis“. Man könne „natürlich Gleiches mit Gleichem vergelten“, sagte er, aber das sei „etwas, was wir nicht tun dürfen“.

## Stamp neuer Chef der NRW-Liberalen

**Neuss.** Der nordrhein-westfälische Familienminister Joachim Stamp (47) ist neuer Chef der FDP in Nordrhein-Westfalen. Er wurde gestern in Neuss mit 92,8 Prozent als Nachfolger von Christian Lindner gewählt. Lindner hatte bereits vor der NRW-Landtagswahl im Mai erklärt, er wolle in den Bundestag wechseln und nicht gleichzeitig Bundes- und Landesvorsitzender bleiben.

## MITARBEITER DER WOCHE

## Frauke Petry



Blau machen mit Frauke Petry: Die einstige Spitzenkandidatin der AfD mit Hang zum Schulterchluss mit rechten Protagonisten wie Marine Le Pen hat es mit dieser Farbe: Sie hat ein Bürgerforum namens „Blaue Wende“ gegründet, das Pläne für eine „Blaue Partei“ ersinnen soll, die diese Pläne dann politisch umsetzt. Im sächsischen Landtag führt sie eine „Blaue Gruppe“ an, weil es zahlenmäßig für eine Blaue Faktion nicht reichte. Weil es ihr nicht gelang, ihrer vormaligen Partei AfD ihre „Realo-Position“ einzublauen, gründete sie ihre Alternative für die AfD und trat aus jener aus, um aber auf der Hinterbank ein Plätzchen für erhoffte AfD-Exilanten zu wärmen. Was sie wohl nicht erwartet hat: dass der neue Bundestag so schnell in einen Auflösungsprozess geraten könnte, der auch ihren Bundestags-Hinterbankplatz erfasst. Sie erlebt so quasi ein blaues Wunder. Farbe bekennen mochte sie auf die Frage, ob sie wieder kandidieren will, noch nicht. mw

## Wie der Norden ohne Mehrheit regiert

Jamaika geplatzt, Groko nicht erwünscht – also Minderheitskabinett? In Skandinavien kommt man ganz gut ohne klare Verhältnisse im Parlament aus.

Von Christian Schwandt

**Lübeck.** Die skandinavischen Länder kennen schon lange ein zersplittertes Parteiensystem, an das sich Deutschland gerade unter Schmerzen gewöhnt. Ihre Geschichte zeigt: Minderheitsregierungen sind nicht optimal – bedeuten aber auch nicht den Weltuntergang.

Sieben Parteien in sechs Fraktionen. Rechtspopulisten im Deutschen Bundestag. Das so übersichtliche wie funktionale Parteiensystem der vergangenen Jahrzehnte scheint an einen Endpunkt gekommen. Die skandinavischen Länder kennen diese Situation schon lange. Seit den 1970er Jahren haben sie ein zersplittertes Parteiensystem.

Wie für alles gibt es auch dafür einen Experten: Sven Jochem lehrt als Professor Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und hat das sehr lesbare Standardwerk „Die Politischen Systeme Skandinaviens“ verfasst. Er ist ein gesuchter Gesprächspartner der deutschen Parteien und weiß: Aus dem Vergleich mit den skandinavischen Demokratien kann man einiges lernen.

Die nordische Länderfamilie besteht aus vergleichsweise kleinen Demokratien. Island hat als kleinster Staat 300 000 Einwohner, Schweden als größter knapp neun Millionen. Bis Anfang der 1970er Jahre nahmen die Sozialdemokraten in Dänemark, Norwegen und Schweden eine dominante bis hegemoniale Stellung im Parteiensystem ein. Doch plötzlich änderte sich das politische System grundlegend: Mit der sogenannten „Erderschwalle“ 1973 erhöhte sich die Anzahl der im dänischen Parlament vertretenen Parteien von fünf auf zehn. Auch in Finnland und Norwegen nahm die Zahl der Parteien im Parlament deutlich zu.

## Ständige Verhandlungen

In den vergangenen vierzig Jahren gab es unter den Bedingungen eines politischen Systems mit acht bis zehn Parteien im Parlament Beispiele für sehr viele politische Konstellationen: Finnland kennt eine starke Tradition von großen Koalitionen, in Norwegen regierte von 2005 bis 2013 eine recht stabile rot-rot-grüne Konstellation. Die schwedischen Grünen haben sich mit Ergebnissen um die sieben Prozent in der Mitte des Parteienspektrums etabliert, stützen sowohl linke als auch rechte Minderheitsregierungen. Norwegen kennt mit der christdemokratischen Kristelig Folkeparti sogar eine Art CSU. Die erhält seit 1945 zwischen fünf und zehn Prozent und ist gern gesehener Partner in bürgerlichen Koalitionen- oder Minderheitsregierungen.

Während Finnland mit großen Koalitionen Wert auf Stabilität setzt, sind in Dänemark, Norwegen und Schweden seit dem Zweiten Weltkrieg Minderheitsregierungen die Regel. Oftmals stützen nur 30 bis 40 Prozent der Abgeordneten eine Regierung offiziell. Der schwedische Ministerpräsident Ulsten konnte 1978 sogar nur auf 11,2 Prozent der Sitze bauen, die des Dänen Hartling 1974 auf 12,6 Prozent der Abgeordneten.

Nach erfolgreicher Wahl bestimmt der Ministerpräsident seine Kabinettsmitglieder ohne erneute Bestätigung durch das Parlament. Damit Gesetzesänderungen eine parlamentarische Mehrheit erlangen, sind ständige Verhandlungen der Exekutive mit der Opposition notwendig. Die Grenze zwischen



Skandinavische Politik als TV-Spektakel: „Borgen“ breitete das fiktive Leben und Wirken der ersten dänischen Ministerpräsidentin Birgitte Nyborg (Sidsel Babbett Knudsen) in Schloss Christiansborg aus – der „Burg“, dem Sitz der dänischen Abgeordneten und des Regierungschefs. FOTO: MIKE KOLLÖFFEL

Regierung und Opposition ver-schwimmt. Die Macht der Regierung wird aber auch unsicher – die Parlamente werden in Skandinavien denn auch häufiger aufgelöst als in Deutschland, immer wieder gibt es vorzeitige Neuwahlen.

„Notlösungen, nicht Lösungen“

Rechtspopulistische Parteien sind in den Parlamenten Dänemarks, Schwedens und Norwegens seit den 70er Jahren vertreten, in Finnland sogar schon seit 1959. Sie begannen als Protestparteien gegen hohe Steuersätze, entwickelten sich aber bald zu Anti-Immigrationsparteien.

Die erfolgreichste unter ihnen, die norwegische Fortschrittspartei, trat 2013 sogar in eine von den Konservativen geführte Regierungskoalition ein, die Dänische Volkspartei, auch sie rechtspopulistisch, stützte die bürgerliche Minderheitsregierung von 2001 bis 2011 und wieder seit 2015. In Dänemark führte dies zu einer harten Migrationspolitik, besonders der Ton gegenüber Muslimen verschärfte sich bei allen Parteien. Anders in Schweden: hier werden die Politiker der populistischen Schwedendemokraten von den anderen Parteien gemieden und ausgegrenzt.

Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede zwischen Deutschland und den skandinavischen Län-

dem. In der nordischen Staatenfamilie üben die obersten Gerichtshöfe oder autonome Zentralbanken keinen so großen Einfluss aus wie hier. Außerdem gibt es keine starke föderale Ebene wie den Bundesrat. Die skandinavischen Staaten erwiesen sich dabei trotz politischer Zersplitterung und Minderheitsregierungen als handlungs- und reformfähig. Der Norden ist eine kulturell, gesellschaftlich wie ökonomisch pulsierende Region. Skandinavien steht nicht vor dem Kollaps, die Parteien sind durchaus um pragmatische Lösungen bemüht.

Allerdings müssen die relativ kleinen skandinavischen Länder keine Führungsverantwortung in der EU oder der Nato wahrnehmen. Unsichere Minderheitsregierungen stellen für Deutschland, die größte, bevölkerungsreiche Volkswirtschaft in der Mitte Europas, ein viel größeres Problem dar als für ihre kleineren Partner im Norden. So gibt Sven Jochem denn auch zu bedenken: „Die nordischen Minderheitsregierungen sind bei näherer Betrachtung recht wacklig. Sie sind Notlösungen, nicht Lösungen, die sich die Parteien wünschen. Und sie sind erpressbar. Schauen Sie mal, wie die Rechtspopulisten die Minderheitsregierungen in Dänemark seit einigen Jahren vor sich hertreiben.“



Experte in Sachen Skandinavien: Politik-Professor Dr. Sven Jochem.

## Weiterführende Literatur

**Sven Jochem:** Die politischen Systeme Skandinaviens, Springer Verlag für Sozialwissenschaften, 248 Seiten, Wiesbaden 2012, 29,95 Euro

**B. Henningsen, S. Jochem, Siegfried Frech (Hrsg.):** Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur. Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2015, 285 S., 19,80 Euro

**Die jeweils aktuellen Wahlergebnisse** aller fünf skandinavischen Länder findet man auf der Internetseite [www.electionresources.org](http://www.electionresources.org). Aktuelles und Hintergründiges zu Politik, Gesellschaft und Kultur Skandinaviens publiziert der Blog der Zeitschrift NORDEUROPAforum unter [www.nofoblog.hypotheses.org](http://www.nofoblog.hypotheses.org)

## Aus der Traum vom Regieren

Die Grünen verabschieden sich auf ihrem Parteitag von der lang gehegten Hoffnung auf die Macht

**Berlin.** Es sollte der Parteitag sein, bei dem die Grünen das Ergebnis ihrer Sondierungen bewerten. Es hätte der Start zum Eintritt in Koalitionsgespräche mit Union und FDP sein können. Statt dessen nahmen sie gestern Abschied vom Traum einer Regierungsbeteiligung nach zwölf Jahren Opposition.

Einem fällt dieser Abschied besonders schwer: Cem Özdemir. Der Grünen-Chef hält in Berlin eine bemerkenswert staatstragende Rede, sie handelt von staatstragenden Grünen. „Zuerst das Land, dann die Partei“, das sei die Losung der Grünen, sagt er. Und es wird schnell klar, wem Özdemir dieses Selbstverständnis abspricht: den Liberalen.

Özdemir wiederholt seinen Vorwurf gegenüber FDP-Chef Christian Lindner, aus taktischen Gründen ein schwarz-gelb-grünes Bündnis verhindert zu haben. „Wenn Christian Lindner Kompromisse für Demütigungen hält, dann fehlt es ihm offenbar an Demut vor Aufgaben, die manchmal größer sind als man selbst“, sagt Özdemir. „Egal, was jetzt kommt, wir Grüne wissen: Wir sind weiter-

hin bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.“ Er klingt fast flehentlich.

Nur: Für die Grünen kommt wohl fürs Erste nicht mehr viel. Özdemir, der im Januar den Parteivorsitz abgibt, ahnt das. Er stimmt die rund 800 Delegierten im Osten der Hauptstadt vorsichtig darauf ein, dass seine Partei im Bund für den wahrscheinlichen Fall einer Neuaufgabe der Großen Koalition von der Oppositionsbank aus Verantwortung übernehmen muss, unter erschwerten Bedingungen: „Es



Ganz Ohr: Grünes Führungspersonal Robert Habeck (l.) und Cem Özdemir. FOTO: RALF HIRSCHBERGER/DPA

wird einen Überbietungswettbewerb des Populismus geben“, sagt Özdemir mit Blick auf Linke, AfD, aber auch FDP. „Da wird es auf uns ankommen.“

Gelegentlich flackert noch Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung auf, etwa als Partner einer schwarz-grünen Minderheitsregierung. Die Basis legt dazu ein paar Anträge vor, einige Redner zählen die Vorzüge diverser Konstellationen auf, man beschließt, „gesprächsbereit“ zu bleiben. Doch wilde Farbspiel-Phantasien fängt Katrin Göring-Eckardt ein.

Die Fraktionsvorsitzende stellt für die folgenden vier Jahre die Weichen weg von einer Regierungspartei im Wartestand, zurück auf Opposition: „Wir wollen, dass in diesen vier Jahren jede Biene, jeder Vogel und jeder Schmetterling weiß, wir werden uns für sie einsetzen.“ Auch Anton Hofreiter, neben Göring-Eckardt bisheriger und wohl auch künftiger Fraktionschef der Grünen im Bundestag, schwört seine Partei auf Opposition ein: „Wenn es in vier Jahren Wahlen gibt, soll keiner mehr an uns vorbeikommen.“

Kritik an den Asyl- und Klimakompromissen aus den Jamaika-Verhandlungen gibt es nur wenig. Es überwiegen Dankbarkeit und Lob für die Sondierungsgruppe. Auch Eigenlob. „Was hat diese vier Sondierungswochen so besonders gemacht?“, fragt Robert Habeck, stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, und gibt die Antwort gleich selbst: „Wir hatten Relevanz.“ Die müssten sich die Grünen auf Dauer bewahren, indem sie „bündnisfähig“ bleiben.

Habeck richtet dazu einen Appell an das eigene Lager. „Wir sollten uns überlegen: Was, wie und wer sollten wir als Partei sein? Wie schaffen wir es, Lähmungen zu überwinden?“, macht er deutlich. Wer will, kann aus den Worten eine Kritik an der jetzigen Parteiführung heraushören. Er liegt wohl richtig. Jetzt gehe es erst mal um die Lage in Deutschland, sagt der Kieler Umweltminister. Im Januar werde man dann einen Vorstand wählen „zu der Situation, wie wir sie vorfinden“. Ein wahrscheinlicher Kandidat dann: Robert Habeck. Marina Korbaki

## Eppler: Schulz soll zurücktreten

**Berlin.** Der SPD-Vordenker Erhard Eppler (90) legt Parteichef Martin Schulz den Rücktritt nahe. Wenn die SPD ihre Position als große Volkspartei verteidigen will, könne sie nicht mit Führungskräften zur Wahl antreten, „die ganz offenkundig bei der Mehrheit der Bevölkerung eher Abwehr hervorgerufen“, sagte er und sprach sich für eine Frau an der Parteispitze aus.

Die SPD wählt beim Parteitag vom 7. bis 9. Dezember eine neue Führung. Vorher werde auch keine Entscheidung über eine Große Koalition fallen, sagte Parteivize Thorsten Schäfer-Gümbel. Und bei der, so die Mainzer Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), sei Angela Merkel „nicht in einer Position, in der sie Bedingungen stellen kann“. Die aber formulierte die Kanzlerin doch. So sei ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden unabdingbar, sagte sie.

SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles warnte, die Große Koalition vorschnell abzulehnen, und kritisierte ihre Partei: „Wir sind einfach zu langweilig.“